

Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der
Katholischen Sozialwissenschaftlichen
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 32

Klassenkampf oder Sozial- partnerschaft?

von Johannes Messner

Verlag J. P. Bachem

Teschner

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ behandelt jeweils aktuelle Fragen aus folgenden Gebieten:

- Kirche in der Gesellschaft
- Staat und Demokratie
- Gesellschaft
- Wirtschaft
- Erziehung und Bildung
- Internationale Beziehungen / Dritte Welt

Die Numerierung der Reihe erfolgt fortlaufend.

Die Hefte eignen sich als Material für Schul- und Bildungszwecke.

Bestellungen sind zu richten an die
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
Viktoriastraße 76
4050 Mönchengladbach 1

Redaktion:
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
Mönchengladbach

Die Bundesrepublik ist dabei, die jüngste wirtschaftliche Rezession zu überwinden. Der durch die Rezession erfolgte Verlust von Arbeitsplätzen ist noch endgültig aufzuholen. Außerdem müssen bis 1985 nach der amtlichen Statistik für die geburtenstarken Jahrgänge von 1950 bis 1965 mehr als 800 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die sich meldende Jugendarbeitslosigkeit bildet heute schon den Gegenstand erregter Diskussionen in der Öffentlichkeit. Bei Teilen der Jugendlichen ist der politische Unterton in dieser Diskussion nicht zu verkennen. Der Staat, das Establishment, das „System“ trägt, wovon geschickte radikale Kritiker die von der Jugendarbeitslosigkeit Betroffenen überzeugen wollen, die Schuld.

Vollbeschäftigung durch Systemänderung?

Mit Systemänderung könnte wahrscheinlich die Vollbeschäftigung, einschließlich der Jugendlichen, erreicht werden. Ziel der Systemänderung wäre die Sozialisierung der Produktionsmittel. Niemand dürfte anzunehmen bereit sein, daß eine solche Systemänderung in der BRD bevorstehe oder in absehbarer Zeit mit radikalen Klassenkampfaktionen durchzusetzen wäre. Wie mit einer revolutionären Entwicklung die Schaffung von Arbeitsplätzen einhergehen könnte, ist jedenfalls nicht zu sehen. Sicher ist, daß die Vollbeschäftigung mit Systemänderung nur erreichbar wäre unter Absinken aller Masseneinkommen auf ein Niveau, das anhand der Zahl aller, die zu beschäftigen sind, bei gleichbleibender Kapitalausstattung der Volkswirtschaft zu erreichen wäre. Sicher ist auch, daß mit der Systemänderung durch revolutionäre Entwicklung der Produktionsausstoß auf allen Gebieten zurückgehen würde. Ein Beweis dafür ist der Rückgang der Getreideproduktion in Sowjetrußland. Dieses versorgte früher einen Großteil von Europa mit Getreide, jetzt muß es viele Millionen Tonnen (1975) in den USA kaufen. Man kann das Wirtschaftssystem ändern, aber die Leistungskraft des neuen hängt von Faktoren ab, die man nicht beliebig ändern kann. Selbstverständlich spielt auch das Wetter in der Agrarproduktion eine Rolle. Aber die Sowjets wissen genau, daß der Bauer auf eigenem Grund und Boden mehr produziert als das Kollektiv unter Leitung von Kommissaren und Funktionären. Verteilen kann man nur, was produziert wird. Wird das Sozialprodukt geringer, müssen die Einkommen und muß die Lebenshaltung sinken.

Die „Expropriation der Expropriateure“, die Übernahme der Produktionsmittel durch das Proletariat sei, so lehrte Marx, zwangsnotwendig in der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsweise gelegen. Diese sei ein Ausbeutungssystem mit immer weiterer Verelendung der Arbeitermassen, bis mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel durch das Proletariat die Systemänderung erfolge. Diese Theorie hat sich als falsch erwiesen. Die Arbeitnehmerschaft hat vermocht, sich durch die gewerkschaftliche Organisation einen wachsenden Anteil am wachsenden Wirtschaftserfolg und an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung der Industrieländer

zu sichern. Nicht die freiheitliche Industriegesellschaft ist an sich selbst zugrunde gegangen, wie Marx' Voraussage lautete, sondern der Proletarismus ist überwunden. Die Arbeitnehmer wollen sich nicht Proletarier nennen lassen. Ihr weitaus größerer Teil ist froh, diesseits des Eisernen Vorhangs zu leben. Sie wissen, daß mit der Systemänderung soziale Grundrechte wie die Koalitionsfreiheit, die Tarifautonomie, der Einfluß auf die Wirtschaftspolitik, ihre für die freiheitliche Demokratie kennzeichnende politische Machtstellung verloren ginge.

Wohlstandsgesellschaft nicht Ergebnis des Klassenkampfes

Daß die Wohlstandsgesellschaft in der BRD nicht das Ergebnis des Klassenkampfes ist, mag allein schon daraus ersehen werden, daß es die Arbeiterschaft mit ihrer in den ersten Nachkriegsjahren zurückhaltenden Lohnpolitik und der dadurch ermöglichten Kapitalbildung war, die den Aufstieg zur Wohlstandsgesellschaft ermöglichte. Unbestreitbar ist allerdings auch, daß nach dem Einsetzen des Wirtschaftswachstums die Arbeiterschaft wie auch die übrigen Interessenverbände das Sozialprodukt überforderten, so daß die Volkswirtschaft ihre Funktionsfähigkeit verlor. Das Zeichen dafür ist die Inflation, die Folge ist die Arbeitslosigkeit. Man glaubte den Weg zu Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum gefunden zu haben, beschäftigte in Europa 10 Millionen Gastarbeiter im Glauben an die neue Wirtschaftslehre, wonach der Staat mit seiner Geld- und Ausgabenpolitik (Fiskalpolitik) die Volkswirtschaft zu einer bisher unvorstellbaren Leistungskraft bringen könne. Das Ende war die jetzt (Sommer 1976) erst allmählich sich lösende Wirtschaftsstagnation. Nach Jahren der Überbeschäftigung wird nun die Vollbeschäftigung erstes Ziel der Wirtschaftspolitik in dem Sinn, daß alle Arbeitswilligen zu Arbeitsplätzen mit der Aussicht auf ein gesichertes und wachsendes Realeinkommen unter Wahrung der Freiheit und Würde des Menschen kommen können. Die Betonung des Realeinkommens setzt die Geldwertbeständigkeit als zweites Hauptziel der Wirtschaftspolitik voraus. Die beiden genannten Ziele schließen die ausgeglichene Zahlungsbilanz als drittes Ziel ein.

Gesichertes und wachsendes Realeinkommen für alle ist etwas anderes, als das Wirtschaftswachstum zum ausschließlichen und höchsten Sinnziel des Lebens zu machen. Wirtschaftswachstum ist ein Wert, der in der Gesamtordnung der für die Vollmenschlichkeit maßgebenden Werte seinen Platz finden muß. Sonst führt die Veräußerlichung der Lebensqualität in der zum Erstrang werdenden Konsumwelt schließlich zu einer quälenden Lebensleere. Es wird auch die Funktionsfähigkeit der Volkswirtschaft in größerem oder geringerem Maße beeinträchtigt, ähnlich wie der längere Zeit überfütterte Organismus versagen muß. Dann wird klar, daß weniger Geldeinkommen mehr Realeinkommen sein, vor allem aber die Sicherung der Arbeitsplätze bedeuten kann. Es wird außerdem klar, daß der Mensch nicht sich beliebig Wirtschaftsziele stecken kann, sondern daß die Wirtschaft ein Lebensvollzug ist, der nur soweit dem schöpferischen Aufge-

bot des Menschen gehorcht, als er sich an die Lebensgesetze hält, die für sein Verlangen nach Lebenssinn und Lebenserfüllung maßgebend sind.

Klassenkampffideologie rückständig!

Es kann nicht überraschen, daß die Industrievölker sich von der Wohlstandsentwicklung hochtragen ließen und sich dem Glauben hingeben konnten, die ökonomischen und politischen Formeln gefunden zu haben, die einen nie endenden allgemeinen Wohlfahrtsfortschritt gewährleisten. Aber schon bevor die Wirtschaftskrise einsetzte, wurden Probleme wie Umweltverschmutzung, Rohstoffverknappung, Energiedefizit, überbordendes Bevölkerungswachstum, das drohende Nullwachstum, zu Warnsignalen für das Festhalten an der alten Klassenkampffidee. Diese Signale sagen, daß realistisch gesehen, in keinem Industrieland die Politik der Interessenverbände zweckvoller Weise so fortgesetzt werden kann, wie sie sich seit den sechziger Jahren entwickelt hat. Denn fest steht, daß in der nächsten Zukunft jedenfalls mit einem kleineren Wirtschaftswachstum zu rechnen ist, als man gewohnt war. Eine Folge davon wird sein, daß im Verteilungsprozeß der Industrieländer mit größeren Schwierigkeiten zu rechnen sein wird. Dies umsomehr, als gewaltige Kapitalien aufgebracht werden müssen, nicht nur um den in der Krise arbeitslos Gewordenen wieder Arbeitsplätze zu verschaffen, sondern auch den Hunderttausenden jugendlichen Arbeitssuchenden Beschäftigung und Einkommen zu ermöglichen.

Diese Kapitalien müssen zum größten Teil aus Unternehmenserträgen gebildet werden in Form von Gewinnen, die dann zu Investitionszwecken zur Verfügung stehen. Ein Teil dieser Kapitalbildung kann durch Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktionsmitteleigentum erfolgen. Daß dies nur in beschränktem Maße möglich ist, liegt daran, daß hauptsächlich Risikokapital für den Fortschritt der Wirtschaft, für Forschung und neue Initiativen notwendig ist. Risikokapital mit der Möglichkeit größerer Verluste einzusetzen, ist Sache der aus Gewinnen erwachsenden Rücklagen. Bei der Beteiligung der Arbeiterschaft am Produktionsmitteleigentum, die mit allen zweckdienlichen Mitteln zu fördern ist, muß an Anlagen in bereits in ihrer Existenz gesicherten Unternehmungen gedacht werden. Das dafür maßgebende eher statische Eigentumsdenken verspricht gerade das nicht, worauf es für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ankommt. Das für diesen erforderliche Risikokapital entspricht einem dynamischen Eigentumsbegriff, in dem der Schwerpunkt der Sozialfunktion des Privateigentums in der Produktivitätssteigerung und nicht nur in der Auslastung schon bestehender Produktionsstätten gesehen wird, eben im Einsatz von Risikokapital. Dies zu übersehen, wäre eine schwere Verkennung der bestehenden volkswirtschaftlichen und weltwirtschaftlichen Situation. Denn die Volkswirtschaften stehen untereinander in Konkurrenz, sie alle bemühen sich, bessere, billigere, ansehnlichere Güter herzustellen, um sich Ex-

portchancen zu schaffen. Die Volkswirtschaft, die in dieser Konkurrenz zurückbleibt, muß mit sinkendem Volkseinkommen und sinkender Wohlfahrtsentwicklung rechnen.

Die Warnsignale weisen auf sehr harte Tatsachen hin. Die Entwicklung treibt auf eine Notsituation der Welt zu, in der alles auf die verständigungs- bereite Kooperation der Sozialpartner ankommen wird. Die nur an Klassenkampf denken, sind fixiert an Daten und Ideologien der Vergangenheit, wie wir sie vor allem bei Marx finden. Er schuf seine Struktur- und Funktionstheorie der kapitalistischen Wirtschaft auf Grund der Daten des 19. Jahrhunderts.

Varianten des Klassenkampfes

Daß der Streik in einem Industriezweig bei der Auseinandersetzung der Tarifparteien über Arbeitsbedingungen und Lohnfragen berechtigt sein kann, braucht hier nicht erörtert zu werden. Er ist dann Mittel des Arbeitskampfes, der aber nicht Klassenkampf zu sein braucht. Ein Zweifaches hat aber der Streik mit dem Klassenkampf gemein: Erstens, er schafft nie wirtschaftliche Werte; zweitens, er ist eine kulturwidrige Form der Austragung gegensätzlicher Interessen. Daß in einer fortgeschrittenen Kultur mit demokratischer Staatsform keine Organe entwickelt werden können, in denen die streitenden Gruppen ihre gegensätzlichen Interessen nach den Forderungen des sachlichen Arguments sollten regeln können, ist unglaubwürdig. Wenn man beobachtet, welche Rolle bei Streikaktionen die Emotionen spielen, ist doppelt unverständlich, daß die Sachvernunft, nach der die Ansprüche der beiden Seiten zu beurteilen wären, oft so weitgehend fehlen kann. Wie die dauernden Streiks die Volkswirtschaften zugrunde richten, zeigt die Lage Englands und Italiens. Beide Länder sind vom wirtschaftlichen Zusammenbruch bedroht.

Zum Klassenkampf bekennen sich starke Bewegungen, die mit einer „Theologie der Befreiung“ den Kampf um eine Systemänderung führen wollen. Gemeinsam ist allen, daß sie glauben, das Christentum könne Wesentliches im Kampf um eine gerechtere Wirtschaftsordnung nur in Verbindung mit dem Marxismus erreichen. Was aber genauerhin vom Marxismus zu übernehmen ist, wird in verschiedener Weise gesehen. Manche Richtungen denken vor allem an die Klassenkampfdiee, wobei die einen bis zum bewaffneten Kampf gegen die bestehende Regierung und ihre Exekutive gehen, die anderen auf die Brechung der Vormacht der Besitzenden auf demokratischem Wege hoffen. Was von den Schwierigkeiten auf das Konto der (in Ländern Lateinamerikas gewollten!) übergroßen Bevölkerungsvermehrung geht, wird von keiner Seite beachtet. Eine Folge der Anleihen beim Marxismus ist die Bildung von Gruppen (Guerilleros), die mit Gewalt Einrichtungen und Verteidiger der bestehenden Ordnung vernichten. Es bilden sich jedoch Gegengruppen, die Angehörige der revolutionären Gruppen nach Möglichkeit beseitigen. In dieser Form des Klassenkampfes ist jeder Gedanke an Menschenwürde und Menschen-

rechte preisgegeben. Der Haß von Mensch zu Mensch wird zur Richtnorm des Kampfes.

Die heimtückischste Form des auf totale Systemänderung abzielenden Klassenkampfes ist die Inanghaltung der Inflation durch überhöhte Lohnforderungen der Gewerkschaften. In der andauernden Inflation versagt das Geld als Rechenmittel wie als Sparmittel. Dadurch leidet die Steuerung des volkswirtschaftlichen Prozesses auf seine Zweckerfüllung hin, der in der Versorgung der Staatsbürger mit den besten und billigsten Gütern und Dienstleistungen besteht. Die Leistungsfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft, die zur Wohlfahrtsgesellschaft führte, hängt von der zweckmäßigen Verwendung der verfügbaren Naturgüter und Arbeitskräfte ab. Diese Verwendung bedingt ihre Produktivität. Diese Produktivität zu zerstören, ist das Ziel der Inanghaltung der Inflation durch überhöhte Lohnforderungen. Der französische Gewerkschaftsführer André Gorz sprach davon mit Nachdruck auf der Tagung der Industriegewerkschaft Metall der BRD, Oberhausen 1972: „Die Lohnpolitik ist das wichtigste Mittel der Arbeiterbewegung, um den Kapitalismus in eine Krise zu treiben. Die klassische Wirkung der tarifpolitischen Erfolge der Arbeiterbewegung muß es sein, Preiserhöhungen auszulösen und die Inflationskrise zu beschleunigen“ („Wirtschaftswoche“ 22. 6. 73).

Der unsichtbare Dritte bei den Tarifverhandlungen

In den Industrieländern wird auch insofern eine Änderung im Verteilungsprozeß erforderlich sein, als die Interessengruppen nicht nur auf ihren eigenen Vorteil sehen dürfen. Denn die Kluft zwischen der Einkommenslage der Industrieländer und jener der Dritten Welt hat sich seit Kriegsende immer weiter vergrößert. 400 Millionen der Allerärmsten in den Entwicklungsländern müssen nach den Berechnungen der Weltbank von einem Prokopfeinkommen im Jahr von 106 Dollar (etwa 270 DM) leben. Dazu kommen die 70 Prozent der Menschen in den Entwicklungsländern, die nicht über das physische Existenzminimum hinauskommen. Diese Notsituation müßte bei jeder Tarifvertragsverhandlung gegenwärtig gehalten werden. Der hungernde Mann mit den Gedanken an die hungernde Familie sitzt ungesehen dabei. Noch immer zählt jedoch bei den Tarifverhandlungen in den Industriestaaten hauptsächlich das Einkommensinteresse der Verbände.

Es ist schwer verständlich, daß die Arbeitnehmerschaft in den Industrieländern nur an das eigene Interesse denken und, nachdem sie über hundert Jahre einen erfolgreichen Kampf um ihren Anteil an der allgemeinen Wohlfahrt geführt hat, nicht auch an jene denken sollte, die ihre Hilfe brauchen, damit sie zu einem Leben in Freiheit und Menschenwürde kommen können. Nach der entwicklungspolitischen Konzeption der Vereinten Nationen sollte 1 Prozent des Bruttosozialproduktes der Industrieländer für Entwicklungshilfe aufgewendet werden. In der BRD erreichte die Entwicklungshilfe 1973 (noch in der Hochkonjunktur) nur 0,52 Prozent. Seit dem

Eintritt der Rezession ist in allen Industrieländern die finanzielle Entwicklungshilfe zurückgegangen. Ungeheure Mittel sind in den Entwicklungsländern erforderlich zur Verbesserung ihrer Infrastruktur, zum Bau von Schulen, zur Einrichtung von Krankenhäusern; vor allem aber wird den heutigen Forderungen der Entwicklungsländer nach einem neuen Weltwirtschaftssystem von den Industrieländern mit großer Skepsis und Zurückhaltung begegnet, so offensichtlich es ist, daß eine wirkliche Hilfe für die Entwicklungsländer nur aus der Einbeziehung in die internationale Arbeitsteilung unter neuen Voraussetzungen für den Welthandel erreicht werden kann.

Entwicklungshilfe ist kein populäres Thema. Moralisieren führt zu nichts. Die Sozialpartner der Industrieländer sollten aber überlegen, daß es um ihr Interesse geht. Die Nord-Südspannung muß eine Lösung finden, bevor sie zum Politikum wird. Cuba hat mit 20000 Mann Truppen einen kräftigen Anfang der politischen „Entwicklungshilfe“ gemacht. Von den Ansprüchen der Sozialpartner an das Sozialprodukt hängt es ab, ob in den Industrieländern die notwendigen Mittel für die finanzielle Entwicklungshilfe übrig bleiben. Die Zukunft der 800000 jugendlichen Arbeitsuchenden der BRD wird von der durch die Entwicklungshilfe bedingten weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Situation abhängig sein.

Auf der falschen Seite der Klassenfront?

Die Rolle der Gewerkschaften wird dadurch erschwert, daß oppositionelle Gruppen, besonders der Jungsozialisten, gegen sie arbeiten. Darüber, was gewerkschaftsoppositionelle „Basisgruppen“ in den Betrieben zustande bringen können, liegen bereits Erfahrungen vor. Man erinnere sich an die Vorgänge in den Bochumer Opelwerken. Die „Zeit“ (24. 8. 73) schloß ihren Bericht darüber: „Für viele Arbeiter ist heute der Betriebsratsflügel (der Opelwerke) im Gebäude der Personalverwaltung, wo rund 60 Menschen mit der Verwaltung der betrieblichen Mitbestimmung beschäftigt sind, auch nur ein Teil von denen da oben!“ Nach dieser Ansicht stehen sie auf der falschen Seite im Klassenkampf. Der Klassenkampf ist für diese „Basisgruppen“ das Um und Auf ihres Denkens über Wirtschaft und Beruf. Den ausschlaggebenden Teil der tatsächlichen Wirklichkeit nehmen sie nicht zur Kenntnis. Was ist diese Wirklichkeit? Eine unbestreitbare Tatsache sind Interessenkonflikte zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der kompliziert arbeitsteiligen Volkswirtschaft. Ebenso steht aber die Tatsache fest, daß beide ein gemeinsames Interesse am Unternehmenserfolg haben, da im Verlauf der Auseinandersetzung über die gegensätzlichen Interessen nur verteilt werden kann, was als Gesamtertrag des Unternehmens erarbeitet wurde. Die Schwierigkeiten entstehen, weil die Voraussetzungen für die Aufteilung des Unternehmenserfolges (Konjunktur, Wettbewerb, Außenhandel, Gewinnlage, Investitionsbedarf, verschieden beurteilt werden.

Alles hängt davon ab, ob erstens auf beiden Seiten der Wille zum sachli-

chen Argument vorhanden ist, zweitens ob die Verständigungsbereitschaft nicht durch vorgefaßte Einstellungen blockiert ist. Die Freiheit des Blicks für das sachliche Argument müßte durch die weitere Tatsache eine Förderung erfahren, die von der neuesten Wirtschafts- und Sozialgeschichte eindeutig erwiesen wird: daß die Interessenkonflikte unter die ersten Antriebskräfte des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts zu zählen sind, wenn die mit dem Interessenkonflikt bestehenden Spannungen nach ökonomischen Prinzipien ihre Lösung finden. Auf solche Lösungen hinarbeiten zu können, ist der entscheidende Vorteil der freiheitlichen Volkswirtschaft, weil die freie Marktpreisbildung die Indikatoren bietet für den Einsatz von Arbeit und Kapital. Neue Kapitalinvestitionen sind erforderlich, weil durch sie neue Arbeitsplätze entstehen und die Produktion ergiebiger wird. Auf diese Weise kam es seit dem Zweiten Weltkrieg zu einem allgemein in Erstaunen versetzenden Wirtschafts- und Wohlfahrtswachstum.

Schon mit dem Wirtschaftsrückschlag von 1968 erfolgte eine Warnung, daß, von den für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt maßgebenden Prinzipien abzugehen, zu Enttäuschungen führen muß. Bedenklich muß es besonders dann werden, wenn bei der Austragung der Interessengegensätze nicht auf die Notwendigkeit neuer Kapitalbildung geachtet wird und die fortschreitende Rationalisierung und Technisierung ausbleibt. Einer kritischen Situation treibt es zu, wenn die beiden Tarifpartner sich gemeinsam auf Lohn- und Preiserhöhungen einlassen, die das volkswirtschaftliche Krebsübel der Inflation wesentlich verschlechtern.

Sozialpartnerschaft in Entwicklung

Bereits vor dem Zweiten Weltkrieg begann der Wandel in den Überlegungen über die Sozialbeziehungen im Betrieb. Vorher war vielfach der Taylorismus unseligen Angedenkens das System der Betriebsführung unter Kontrolle der Arbeitsvorgänge mit der Stoppuhr. Mit der Aufmerksamkeit auf die Sozialbeziehungen im Betrieb, im englischen Sprachraum „human relations“, setzte sich die Erkenntnis durch, daß der Mensch, der Arbeitnehmer auch bei seiner Berufsarbeit ganz Mensch und nicht nur Werkzeug sein will und daß dem Unternehmen, in dem der Arbeiter arbeitet, selbst mehr gedient ist, wenn dieser sich im Interesse und Verantwortung dem Unternehmen verbunden wissen kann. Eine reiche Literatur entstand, und bald nach dem Zweiten Weltkrieg war in der neuen sozialen Betriebslehre klar, daß der Arbeitnehmer sich als Mitarbeiter im Unternehmen muß wissen können, damit seinen menschlichen und wirtschaftlichen Interessen voll entsprochen wird. Als Elemente der sozialen Betriebslehre ergaben sich damit: Der Arbeitnehmer muß Kenntnis haben von der Stellung seiner Arbeit in seiner Arbeitsumgebung, er muß sich als Glied einer Arbeitsgemeinschaft verstehen können und er muß Achtung, Geltung sowie die Möglichkeit der Mitbestimmung in dieser Gemeinschaft besitzen. Losere oder engere Formen der Kooperation von Arbeiter- und Unterneh-

merorganisationen entwickelten sich in einer zunehmenden Zahl von Industriestaaten. In der BRD wurde die „konzertierte Aktion“ geschaffen, in der von beiden Seiten des industriellen Arbeitsverhältnisses in Verbindung mit dem Wirtschaftsminister die Fragen der Konjunkturentwicklung besprochen werden. Als bedeutungsvoll für das Verhalten der beiderseitigen Organisationen erwiesen sich die regelmäßig veröffentlichten Berichte der „5 Weisen“ über die Wirtschaftslage. Was erreicht wurde, ist die starke Beachtung des sachlichen Arguments. Einen sichtbaren Erfolg bildet die verhältnismäßige Eindämmung der Inflation auf unter 5 Prozent. Ein ausgebildetes System umfassender Sozialpartnerschaft wurde in Österreich auf freiwilliger Basis entwickelt. Danach wird die Aufnahme von Tarifverhandlungen von Untersuchungen in Ausschüssen und von der Zustimmung der paritätischen Lohn- und Preiskommission abhängig gemacht. Das österreichische System dieser Sozialpartnerschaft erzielte eine hohe Beruhigung der wirtschaftlichen Entwicklung, da Streiks außerordentlich selten vorkommen. Jedoch die Eindämmung der Inflation ist nicht im gleichen Ausmaß geglückt wie in der BRD, da sie dauernd über 7 Prozent beträgt. Der Grund dafür dürfte in der Stärke des österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) liegen, der sachliche Gründe für eine harte Lohnpolitik zu sehen glaubt, die aber durch die Geldentwertung in Frage gestellt sind.

Sozialpartnerschaft in Vollwirklichkeit

Die Sozialpartnerschaft in Vollwirklichkeit setzt eine Akzentverschiebung in den Sozialhaltungen auf beiden Seiten voraus. Noch immer wird in den Industrieländern und den fortgeschrittenen Entwicklungsländern (Lateinamerikas) ein Bewußtsein der Gegensätzlichkeit der Interessen von Kapital und Arbeit propagiert. Wahrscheinlich wird ein allgemeiner sozialpartnerschaftlicher Verständigungswille sich erst bilden mit dem Vordringen des Bewußtseins von der geänderten weltwirtschaftlichen Situation, wie wir sie oben geschildert haben. Angesichts der Unerbittlichkeit der Schrumpfung des wirtschaftlichen Wachstumsprozesses wird sich allmählich die Einsicht durchsetzen, daß für alle das meiste erzielt werden kann durch verständigungsbereite Kooperation. Die ökonomischen Faktoren tragen eine harte Logik in sich. Ihr kann sich der Mensch um so weniger entziehen, da ihm sein Interesse auf die Dauer ein unnachgiebiger Lehrmeister ist. Es hält ihn an, seine Vernunft zu gebrauchen, um für seine menschlichen und wirtschaftlichen Erwartungen das Beste zu erreichen. Tatsächlich ist die dem Vernunftimperativ gehorchende Entwicklung im Fortschreiten.

Die Initiativen sind ebenso von der Arbeiterschaft wie von den Unternehmensführungen ausgegangen. Unternehmensführungen haben vielfach ihren Arbeitern die psychische Umstellung vom Gedanken des Interessengegensatzes zur Interessengemeinschaft ermöglicht und haben selbst ihre

Einschätzung des Arbeiters als Produktionsfaktor in die des menschlich und persönlich engagierten Mitarbeiters vollzogen. Ebenso sind aber zahlreiche Fälle in allen Industriestaaten bekannt, in denen die Arbeiterschaft in den Betrieben Teamgruppen organisierte und mit Vorschlägen an die Unternehmensführung und an die Gewerkschaften herantraten und mit großem Erfolg Eigeninitiativen in der Arbeitsorganisation entwickelten, zum Vorteil des Unternehmens, ihres Lohninteresses und zu ihrer menschlichen Vollentfaltung bei ihrer Berufsarbeit.

Mitverantwortung und Mitbestimmung machen den Arbeitnehmer zum Mitarbeiter mit der Einbeziehung seiner Persönlichkeit und ihres Bedürfnisses nach Anerkennung ihrer Leistung der schöpferischen Anteilnahme an der wirtschaftlichen Arbeitsverbundenheit. Daß das Ziel einer solchen Sozialpartnerschaft auf dem juristischen Wege der gesetzlichen Regelung der paritätischen oder fast paritätischen Mitbestimmung zu erreichen ist, scheint fraglich. Denn was juristisch festgelegt wird, sind eher gegensätzliche Fronten innerhalb des Unternehmens als ein Rahmen für die kreative Mitarbeit und Entfaltung des Arbeiters. Diese allein kann seiner Berufsarbeit Lebenssinn und Kultursinn geben. Sie kann nur an seinem Arbeitsplatz erfolgen und nur in einer menschlichen und sachlichen Beziehung, in der er die eigene Erfahrung und das eigene Urteil in dem von ihm überschaubaren Raum gewertet und berücksichtigt sieht. So zur Mitsprache gerufen in Fragen der Arbeitsorganisation kann er sich als Mitarbeiter wissen, der auch im Arbeitsleben seinem Antrieb nach Selbstverwirklichung folgen kann und nicht zur Kümmerpersönlichkeit zu werden braucht.

Verrat am Klassenkampf?

Viele, die im Klassenkampf die Charakteristik der freiheitlichen industriellen Gesellschaft sehen wollen, rufen „Verrat am Klassenkampf“, wenn sie von der Sozialpartnerschaft als gesellschaftspolitischem Zielbild hören. Nach ihrem Denken ist das Kapital, das Privateigentum an den Produktionsmitteln, „gesellschaftliche Macht“, die dem Eigentümer Herrschaftsmacht über die besitzlosen Arbeitnehmer verschafft. So hat Marx das Produktionsmitteleigentum verstanden und den Schluß gezogen, daß die Kapitaleigentümer enteignet werden müssen. Den Weg dazu bilde der Klassenkampf. Alles, was diese Rolle des Klassenkampfes beeinträchtigt, sei gegen die Sache des Proletariats. Das Fatale für Marx' Theorie ist, daß es in der heutigen industriellen Gesellschaft das von ihm vorausgesagte Elendsproletariat nicht gibt. Die Arbeiterschaft hat sich gegenüber dem Kapital, der Eigentumsmacht, in den Gewerkschaften eine Gegenmacht geschaffen und sich einen wachsenden Anteil an der wachsenden Wohlfahrt zu sichern gewußt. Ganz klarerweise jedoch war das nicht das Ergebnis des Klassenkampfes im Marxschen Sinn, sondern der Wille zu Interessenausgleich mit dem Blick auf das gemeinsame Interesse am Wirtschafts- und Einkommenswachstum.

Jedoch, so wird eingewendet, der Proletarismus ist eine Tatsache in den

Entwicklungsländern. Das ist richtig. Die Frage ist aber, ob durch Export des Klassenkampfes aus den Industrieländern den proletarischen Millionen zu helfen ist. Was diese Millionen brauchen, ist Entwicklungshilfe in der geeigneten Form, nämlich in der Weise, daß sie selbst ihre Volkswirtschaften immer ertragsfähiger zu machen vermögen und ihnen ein Wirtschafts- und Einkommenswachstum aus eigenem Einsatz und eigener Initiative gelingt. Der Marxsche Klassenkampf ist schon deshalb kein geeignetes Mittel, weil Marx nichts zu sagen weiß über die Gestalt und Funktionsweise einer Volkswirtschaft nach der Abschaffung des Privateigentums. Die eindeutige Lehre der Erfahrung ist, daß überall, wo das Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigt wurde, Diktaturen entstanden mit Aufhebung elementarer Menschenrechte. Nun besteht der weitaus größere Teil der Entwicklungsländer heute schon aus Diktaturen, zu allermeist mit Monopolparteien, die in der Erhaltung der diktatorischen Herrschaftsgewalt ihre Hauptaufgabe sehen. Schon deshalb besteht für einen an Gerechtigkeitsprinzipien orientierten Klassenkampf keine Chance. Nur ein einziges kleines Land des afrikanischen Erdteils mit kaum einer Million Einwohnern, Mauritius, anerkennt voll und ganz die Menschenrechte, hat sogar einen Ombudsmann.

Dirigismus statt Sozialpartnerschaft?

Vorübergehend sind in vielen Entwicklungsländern dirigistische wirtschaftliche Maßnahmen nicht zu entbehren. Diese jedoch als rettenden afrikanischen oder indischen Sozialismus zu proklamieren, heißt den Blick verschließen vor den Gefahren diktatorischer Herrschaft (Indien!) sowie vor Tatsachen der jüngsten Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Denn das freiheitliche Wirtschaftssystem, nenne man es soziale oder wegen seiner Mängel unsoziale Marktwirtschaft, hat sich wie kein anderes als Weg zu Wohlfahrt und Freiheit erwiesen. Kein anderes Wirtschaftssystem hat eine ähnliche Leistungsfähigkeit bewiesen, kein anderes mobilisiert in ähnlicher Weise das schöpferische Potential des Menschen, kein anderes sichert ihm das gleiche Ausmaß individueller Freiheit, kein anderes gewährleistet den gesellschaftlichen Interessengruppen die gleichen Möglichkeiten einer fairen Auseinandersetzung um den ihnen zustehenden Anteil am Ertrag der volkswirtschaftlichen Kooperation, kein anderes sucht mit der Automatik des Wettbewerbs das Entstehen von Monopolmacht zu verhindern. Gewiß, alle diese Vorteile gelingen nur wie jedes gesellschaftliche Ordnungsbemühen mit einem bis zu 30prozentigen Abschlag und sie bedürfen zu ihrer volleren Verwirklichung der ständigen Anstrengung. Eines dürfte aber schwer zu bestreiten sein: Wenn das wirtschaftliche und soziale Gemeinwohl ein erstes Ziel der gesellschaftlichen Kooperation ist, dann hat die marktwirtschaftliche Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg sich in beträchtlichem Abstand vor allen anderen Wirtschaftssystemen an dieses Ziel herangearbeitet. Tatsächlich ist der Arbeitnehmer in der Marktwirtschaft heute kein Proletarier und will keiner sein. Sein Le-

bensstil ist nicht der des Marxschen Proletariers. Die neomarxistischen Intellektuellen empfinden es bitter genug, daß der Arbeitnehmer für ihre utopischen Vorstellungen kein Interesse aufbringt und lieber auf das vertraut, was er sicher besitzt und erhoffen kann.

Weltwirtschaftssystem in Sozialpartnerschaft

Die Dritte Welt wird mit zunehmendem Nachdruck danach streben, in eine enge Kooperation mit den Industrieländern zu kommen. Sie sprechen von einem neuen Weltwirtschaftssystem mit gerechteren Handelsbeziehungen für die Entwicklungsländer. Der Weg dazu kann nicht der Klassenkampf sein. Der Marxsche Klassenkampf will zerstören, nicht aufbauen. Forderungen der gleichen Menschenwürde der Entwicklungsländer sind zu erfüllen. Das erste, was notwendig ist, ist die Partnerschaftshaltung der Industrieländer. Sie wird ihr eigener Vorteil sein. Denn was sie an Entwicklungshilfe leisten müssen, ist die Ausstattung der Entwicklungsländer mit den für ihre Wirtschaftsentwicklung notwendigen Mitteln. Das sind Produktionsgüter aller Art.

Wie die Erfahrungen der Entwicklungshilfe gezeigt haben, ist es mit einer Antwort in dieser Allgemeinheit auf die noch in unserem Jahrhundert zu lösenden Aufgaben nicht getan. Fest steht aber das eine: daß den Entwicklungsländern nur zu helfen ist, wenn sie in ein engeres Tauschverhältnis mit den Industrieländern kommen. Das heißt, die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung muß entwickelt werden. Das heißt konkret: die Industrieländer müssen verschiedene Industriezweige an die Entwicklungsländer abgeben, dafür selbst Industriezweige ausbauen, die es ihnen ermöglichen, hochqualifizierte Produktionsmittel in zweckdienlicher Weise und zu erschwinglichen Preisen zu liefern.

Das unvermeidliche Gegeneinander und das unerläßliche Miteinander

Wenn Menschen und Gruppen zusammenarbeiten und den anfallenden Ertrag zu teilen haben, entstehen unvermeidlicherweise Meinungsverschiedenheiten und Interessengegensätzlichkeiten. Dafür sind psychische Gründe verantwortlich, vor allem, daß jeder seine Leistung höher einschätzt als die der anderen. Nicht minder sind ideologische Ursachen mitbestimmend, da die Wirklichkeit mit Vorurteilen gesehen, von beiden Seiten die Wirtschafts- und Arbeitswelt der anderen Seite aus dem Blickwinkel vorgefaßter Theorien beurteilt wird. Tatsache ist auch, daß bei vielen wirtschaftlichen Entscheidungen Machtfaktoren mitwirken, Eigentumsmacht und Organisationsmacht stehen im Dienst von Gruppeninteressen. Außerdem ist es schlechthin unmöglich, genau den Produktionsfaktoren zuzurechnen, was ihrer Leistung entspricht und daher ihr Ertragsanteil zu sein hat. Kein anderer Weg ist denkbar, als daß man sich an die Norm der Menschenwürde in der Auseinandersetzung über die Verteilung hält.

Nichts Emotionales ist damit angerufen, sondern an die Sachvernunft und das Sachargument als die entscheidende Instanz gedacht.

Bei allen Gegensätzlichkeiten, menschlichen Spannungen und Interessenkonflikten besteht das unerläßliche Miteinander, die partnerschaftliche Kooperation, in der der Mensch Mensch bleibt und die fortschreitende Humanisierung der Wirtschaft auf allen Ebenen zu erwarten ist. Dies nicht nur als Forderung des gemeinsamen Interesses, das den Gruppeninteressen im Verteilungskampf übergeordnet immer Richtmaß sein muß: das Gemeinwohl als die allseitig zu verwirklichende Gerechtigkeit. Mag die genaue Zurechnung dessen, was vom gemeinsam erarbeiteten Wirtschaftsertrag auf die Leistung des einzelnen oder einzelner Gruppen entfällt, nicht möglich sein: kein Zweifel kann bestehen, daß in der Verteilung des volkswirtschaftlichen Gesamtertrages das Urteil möglich ist, ob die wirtschaftlichen Gruppen im Verteilungsprozeß das bekommen, was ihnen als Forderung der allgemeinen Wohlfahrt zusteht. Dieser Verteilungsprozeß ist nie vollendet, weil im Sinne der Idee der Sozialpartnerschaft immer neue schöpferische Kräfte entwickelt werden und so neue Gerechtigkeitsforderungen der Einkommensverteilung entstehen. Ganz anders der Klassenkampf: Er sieht nur den Verteilungskampf mit seinem zerstörerischen Gegeneinander, nicht das schöpferische Miteinander, durch das allein Wohlfahrt entstehen und wachsen kann.

Zur Person des Verfassers

Prof. Dr. Dr. Johannes Messner, emeritierter Professor für Ethik und christliche Sozialwissenschaften an der Universität Wien.

Übersicht über die bisher erschienenen Hefte:

- Nr. 1 Anton Rauscher, Soll die Kirche aus dem öffentlichen Leben verbannt werden?
- Nr. 2 Josef Oelinger, Plädoyer für eine freiheitliche Öffentlichkeit – Zur Aufgabe freier gesellschaftlicher Kräfte in der Demokratie
- Nr. 3 Emil Küng, Inflation ist soziales Unrecht
- Nr. 4 Bernhard Vogel, Bildungsmonopol des Staates?
- Nr. 5 Felix Raabe, 14 Thesen gegen die Kirchen – Eine Auseinandersetzung mit Forderungen der FDP zur Trennung von Kirche und Staat
- Nr. 6 B. Guggenberger, Utopische Freiheit – Rätedemokratie und imperatives Mandat
- Nr. 7 Wilhelm Weber, Christlicher Sozialismus?
- Nr. 8 Karl Forster, Bevorzugt die Kirche eine politische Partei?
- Nr. 9 Albrecht Langner, Demokratie fordert eine freiheitliche Wirtschaft
- Nr. 10 Karl Forster, Kirche und Politik – Zur Frage der Äquidistanz zwischen Kirche und Parteien
- Nr. 11 Heinrich Geißler, Mitbestimmung am Scheideweg – Kritische Überlegungen zum Gesetzesentwurf der Bundesregierung
- Nr. 12 Robert Spaemann, Kein Recht auf Leben? – Argumente zur Grundsatzdiskussion um die Reform des § 218
- Nr. 13 Heiner Marré, Kirchensteuer – warum und wofür
- Nr. 14 Cl. u. R. Willeke, Familie in der Krise – Ihre Abwertung im Politischen Unterricht
- Nr. 15 Hermann Boventer, Medienpolitik – nicht mehr, sondern weniger Pressefreiheit
- Nr. 16 H.-R. Laurien, Pädagogik – Instrument der Systemüberwindung?
- Nr. 17 Felix Raabe, Vorwärts ins 19. Jahrhundert – Die FDP und ihre Kirchenthesen
- Nr. 18 Wilhelm Weber, Klerikalismus von links?
- Nr. 19 Hans Maier, Bildung und Beruf – ein Gegensatz?
- Nr. 20 V. M. Lissek, Gegen die Ehe – Der Entwurf des Ersten Eherechtsreformgesetzes und seine Auswirkungen
- Nr. 21 Edgar Nawroth, Kommunalisierung des Bodens?
- Nr. 22 Johannes Messner, Marxismus, Neomarxismus und der Christ
- Nr. 23 B. Guggenberger, Der Glaube an Strukturen als Gefährdung der Freiheit
- Nr. 24 Manfred Spieker, Gibt es einen humanen Marxismus?
- Nr. 25 Günter Baadte, Theologie der Befreiung – Ansätze, Ziele und Kritik
- Nr. 26 Cl. u. R. Willeke, Versagen unsere Familien? – Zum Zweiten Familienbericht der Bundesregierung
- Nr. 27 Hermann Boventer, Freiheit, nicht Emanzipation ist der Grundwert
- Nr. 28 Josef Oelinger, Freiheit im Zwielficht – Zum „Ökonomisch-politischen Orientierungsrahmen 1975–1985“ der SPD
- Nr. 29 Anton Rauscher, Der Sozialstaat in der Krise?
- Nr. 30 Georg Leber, Verantwortung für die Sicherheit – Neun Thesen zur Sicherheitspolitik in einer veränderten Welt
- Nr. 31 H. B. Streithofen, Ist in der Politik alles machbar?

Eine weitere Reihe:

Katholische Soziallehre in Text und Kommentar

Die katholische Soziallehre hat in den letzten Jahren eine starke Wiederbelebung erfahren. Ideologien und vielfältige Probleme im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben von heute haben das Bedürfnis nach grundlegender Orientierung auf der Basis des christlichen Menschen- und Gesellschaftsverständnisses ausgelöst. Auf der anderen Seite sind aber Texte und Aussagen der katholischen Soziallehre schwer zugänglich oder zu wenig bekannt. Diesem Mangel abzu- helfen, ist das Ziel der Schriftenreihe. Sie will mit Blick auf die konkrete Situation unserer Gesellschaft eine grundsätzliche Erörterung der Fragen im Anschluß an kirchliche Dokumente der katholischen Soziallehre bieten.

Die Reihe ist auf 18 Titel zu je 48 Seiten geplant, die innerhalb von drei Jahren er- scheinen sollen. Bisher liegen vor:

- Nr. 1 Personalität – Solidarität – Subsidiarität**, von Anton Rauscher
- Nr. 2 Der soziale Lehrauftrag der Kirche**, von Wilhelm Weber
- Nr. 3 Menschenrechte – Staat – Gesellschaft**, von Albrecht Langner
- Nr. 4 Grundlagen der Wirtschaftsordnung**, von Josef Oelinger
- Nr. 5 Familie – personale Lebensgemeinschaft und gesellschaftliches Struktur- element**, von Paul Becher

An weiteren Themen sind vorgesehen:

- Humanisierung der Arbeitswelt**, von Edgar Nawroth
- Die Auseinandersetzung mit Liberalismus und demokratischem Sozialismus**, von Anton Rauscher
- Der Marxismus im Urteil der katholischen Soziallehre**, von Heinrich Streithofen
- Kirche und Staat**, von Alexander Hollerbach
- Wahrheit und öffentliche Meinung**, von Otto B. Roegele
- Menschliche Hoffnung und christliches Heil**, von Lothar Roos
- Kirche, Demokratie, Volkssouveränität**
- Universales Gemeinwohl – Weltwirtschaftsordnung**
- Friedensordnung**
- Eigentum und Eigentumsbildung**
- Partnerschaft und Mitbestimmung**
- Politische Tugenden**
- Verbände/Gewerkschaften**

Der Preis pro Heft beträgt DM 1,- (zuzüglich Porto). Die Hefte können bei der Katho- lischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle (Viktoriastr. 76, 4050 Mönchenglad- bach 1) bestellt werden, aber auch bei den folgenden Verbänden, die gemeinsam für die Herausgabe zeichnen:

Katholische
Arbeitnehmerbewegung
Bundesverband
Ketteler-Haus
Bernh.-Letterhaus-Straße 26
5000 Köln 1

Bund Katholischer
Unternehmer
Saliering 14-16
5000 Köln 1

Kolpingwerk
Deutscher
Zentralverband
Kolpingplatz 9-11
5000 Köln 1